

Klimagewinnler Blood und Gore: Wir müssen die Hype um Anti-Kohlenstoff-Investitionen töten

geschrieben von Larry Bell | 22. Mai 2014

Vermarktung des Klima-Alarms:

Natürlich wird diese Kohlenstoff-Regulierung hingestellt als Rettung der Erde, basierend auf einem *Konsens innerhalb der wissenschaftlichen Gemeinschaft, dass eine Zunahme der globalen Temperatur um mehr als 2°C den Planeten wahrscheinlich zerstören und irreversible Schäden hervorrufen wird*. Und wenn es um die Verkündung und Finanzierung von Kohlenstoff-Klima-verrücktem soziopolitischem Druck geht, wird man kaum zwei bessere Kandidaten finden.

Gore und Blood, ehemaliger Chef von Goldman Sachs Asset Management (GSAM), war 2004 Mitbegründer von GIM. Zwischen 2008 und 2011 waren die Profite des Unternehmens auf fast 218 Millionen Dollar von Institutionen und wohlhabenden Investoren gestiegen. Im Jahre 2008 war es Gore möglich, 35 Millionen Dollar in Hedge-Fonds und private Partner zu stecken durch die Capricorn Investment Group, ein Unternehmen in Palo Alto, gegründet von seinem kanadischen Milliardärs-Freund Jeffrey Skoll, dem ersten Präsidenten von Ebay Inc. Es waren von Skoll abhängige Medien, die Al Gores super-ängstigenden Horrorfilm „eine unbequeme Wahrheit“ produziert haben.

Nach einer eingehenden Untersuchung des Films hat Sir Michael Burton, ein Richter am Londoner High Court, im Jahre 2007 geurteilt, dass der Film an Gymnasien nur gezeigt werden darf, wenn er begleitet wird von Anleitungen für Lehrer, die „einseitigen“ Sichtweisen von Mr. Gore auszugleichen. Richter Barton wies darauf hin, dass die „apokalyptische Vision“ des Films politisches Partisanentum und nicht eine unparteiische Analyse sei. Er stellte fest: *„Das Machwerk wurde rund um die charismatische Präsenz von Ex-Vizepräsident Al Gore erstellt, dessen Kreuzzug es ist, die Welt von den Gefahren der Klimaänderung ausgelöst durch die globale Erwärmung zu überzeugen... Es ist inzwischen allgemein bekannt, dass es sich hier nicht einfach um einen Science-Fiction-Film handelt, obwohl er substantiell auf wissenschaftlicher Forschung und Lehrmeinung basiert, sondern es ist (eindeutig) ein politischer Film“*.

Das Verwelken jener grünen Investitionen:

Hinsichtlich des kürzlichen Ratschlags bzgl. Investitionen könnte es von Bedeutung sein zu erwähnen, dass einige der früheren Low-Carbon-Geschäfte von GIM nicht immer so großartig verlaufen sind.

Voller Optimismus, dass ein von den Demokraten kontrollierter Kongress die Cap-and-Trade-Gesetzgebung, für die Al Gore Lobbyarbeit betrieb, durchwinken würde, haben GIM und David Bloods ehemalige Firma GSAM große Anteile an der Chicagoer Börse CCX zum Kohlenstoffhandel erworben. Folglich war CCX dazu bestimmt, unverhoffte Profite zu machen durch den Verkauf von CO2-Zertifikaten, falls und wenn Cap-and-Trade gebilligt

würde. Bei einer Anhörung vor dem Energy Science Committee sagte Gore den Mitgliedern: *„Sobald Kohlenstoff einen Preis hat, werden sie eine Investitionsflut darin erleben ... Es wird entfesselte Investitionen geben“*.

Denn welchen besseren Weg könnte es geben, den teuflischen Kohlenstoff zu reduzieren als den, es zu einer profitablen Handelsware zu machen? Aber unglücklicherweise für die GIM- und CCX-Investoren erwies sich der Handel mit Zertifikaten heißer Luft als ein zu schöner Traum, um wahr zu sein.

Zwischen Mai 2008 und Oktober 2009 fiel der Marktpreis bei CCX für eine metrische Tonne Kohlenstoff von 7 Dollar pro Tonne auf 0,10 Dollar pro Tonne [1 Cent], zusammen mit den Investitionswerten der Anteilseigner. Zu den Verlierern gehören die Ford Motor Company, Amtrak [die amerikanische Eisenbahngesellschaft], DuPont, Dow Corning, American Electric Power, International Paper und Waste Management; und ebenso die Staaten Illinois und New Mexico, sieben Städte und eine Anzahl Universitäten.

Bis zum Jahr 2010 hat GIM eine Beteiligung von 9,6% fast verdoppelt, gekauft bei Camco International Ltd., einem Manager von Produkten zur Begrenzung von Treibhausgasen. Aber im Oktober jenes Jahres kam es erneut zur Katastrophe. Die Republikaner übernahmen die Kontrolle im Kongress und zerschlugen alle Cap-and Capitalize-Hoffnungen zusammen mit den Aussichten auf gewaltige Profite sowohl für Camco als auch für CCX. Letztere hat im November jenes Jahres geschlossen.

Als Sahnehäubchen auf so schlechte Nachrichten wurde die Firma First Solar Inc., eine weitere GIM-Investition, durch billigere chinesische Produkte aus dem Markt für Solarpaneele herausgedrängt. *Bloomberg* zufolge erbrachte der GIM-Anteil an First Solar im Jahre 2012 einen Verlust von 165,9 Millionen Dollar.

Die alarmierenden Kosten der Kohlenstoff-Verrücktheit

Al Gore und David Blood haben das behördliche Risiko von Investitionen in fossile Energie nicht nur hervorgehoben, sondern aggressiv daran gearbeitet, diese sicherzustellen. Ihre Artikel bilden eine Roadmap in die Katastrophe, unter anderem: *„Direkte Vorschriften zu Kohlenstoff durch Behörden auf lokaler, regionaler, nationaler und globaler Ebene; indirekte Regulation durch verstärkte Kontrollen bzgl. Verschmutzung, Hindernisse beim Wasserverbrauch oder politische Maßnahmen, die Gesundheitsprobleme berühren sowie Mandate zur Übernahme erneuerbarer Energie und Effizienz-Standards“*. Und weiter: *„Selbst die Bedrohung durch bevorstehende Vorschriften erzeugt Unsicherheit für langlebige kohlenstoffintensive Anlagen“*.

Es kann keinen Zweifel daran geben, dass sie einen starken Befürworter für diese Strategien im Weißen Haus der Gegenwart haben. Die Small Business Administration schätzt, dass die Befolgung solcher Vorschriften die US-Wirtschaft über 1,75 Billionen Dollar pro Jahr kosten könnte – das sind 12% bis 14% des BIP und etwa halb so viel, wie Washington derzeit ausgibt (3,5 Billionen Dollar).

Und immer noch kann das US-Government Accounting Office GAO nicht sehen, welche Vorteile der Steuerzahler durch diese vielen Billionen Dollar

hat, die jedes Jahr für politische Maßnahmen ausgegeben werden, die angeblich die Klimaänderung betreffen sollen. Einem GAO-Bericht vom Mai 2011 zufolge fehlt es den vielen verschiedenen verantwortlichen Funktionären an erweitertem Verständnis für diese strategischen Prioritäten, obwohl die jährlichen Ausgaben der Regierung für derartige Aktivitäten substantiell gestiegen sind. Diese Zustandsbeschreibung steht in Übereinstimmung mit den Ergebnissen einer Analyse des Congressional Research Service aus dem Jahr 2008. Darin wurde „kein alles umfassendes politisches Ziel gefunden, für das die Programme finanziert werden oder Prioritäten innerhalb des Programms gesetzt werden“.

Die jüngsten Machenschaften der Obama-Administration zur Rechtfertigung dieser ökonomischen Belastungen beschwören statistische Hexerei, um die sozialen Kohlenstoff-Kosten zu ermitteln. „Damit wird bezweckt, eine Bilanzierungs-Methode zu präsentieren, mit der externe Effekte des Marktes zu quantifiziert werden können, die mit der anthropogenen Verbrennung fossiler Treibstoffe einhergehen, wobei jede Tonne CO₂ zu zukünftigen sozialen Kosten von etwa 40 Dollar (nach heutigem Wert) führen wird. Der dahinter stehende Gedanke ist, dass jede neue Vorschrift zur Begrenzung zukünftiger CO₂-Emissionen eine entsprechende Einsparung sozialer Kosten für jede vermiedene Tonne nach sich zieht. Dieses Schema soll die EPA und andere Vorschriften erlassende Organisationen in die Lage versetzen, ihre Belastungen bringende Politik besser durchsetzen zu können“.

Der Plan ist schon jetzt so erfolgreich, dass die Administration seine frühere Schätzung der Einsparung sozialer Kosten gegenüber Mai um 50% erhöht hat. Gleichzeitig hat selbst das alarmistische IPCC schließlich einräumen müssen, dass die globale Temperatur seit mindestens 16 Jahren gleich geblieben ist trotz steigenden atmosphärischen CO₂-Gehaltes. Das IPCC hat auch eingeräumt, dass seine theoretischen Simulations-Modelle die Klimasensitivität von CO₂ erheblich übertrieben haben. Als Folge liegen diese sozialen Kosten als Folge einer anthropogen verursachten Klimaänderung um mindestens ein Drittel niedriger (und höchstwahrscheinlich sogar um 100 Prozent niedriger) als nach den Berechnungen der Administration.

Eine sogar noch größere Panne in dieser buchhalterischen Kunstkonstruktion ist, dass in keiner Weise die positiven sozialen Kosten zusätzlichen CO₂ in der Atmosphäre angesprochen worden sind (sprich Pflanzendünger). Eine Analyse von Dr. Craig Idso vom Center for the Study of Carbon Dioxide and Global Change aus jüngerer Zeit schätzt, dass der Wert der globalen Nahrungsmittelproduktion während der letzten 50 Jahre um 3,2 Billionen Dollar zugenommen hat als Folge jener CO₂-Emissionen. Dies zeigt, dass – wenn überhaupt – die Schätzungen hinsichtlich sozialer Kosten eher negativ sein sollten.

Und wenn man jene „wettbewerbsfähigen“ erneuerbaren Alternativen betrachtet...

Gore und Blood drängen darauf, dass „Investoren Druck auf ausführende Organe ausüben sollten, um Geldflüsse umzuleiten, weg von Kapitalkosten für die Entwicklung fossiler Treibstoffe (mit ihren darin enthaltenen

Kohlenstoff-Risiken) und hin zu einer produktiveren Verwendung im Zusammenhang mit dem Übergang zu einer Low-Carbon-Ökonomie“. Sie drängen darauf, dass Bestände zu Unternehmungen mit geringen oder gar keinen Kohlenstoff-Emissionen geleitet werden sollen, um sich entwickelnde Lösungen bei der Energieerzeugung (solar, Wind, Geothermie) zu finanzieren. Damit, so argumentieren sie, kann man helfen, Fallgruben des „Kohlenstoff-Strandens“ zu vermeiden, zu denen es durch Markteinflüsse erneuerbarer Technologien kommt. Von diesen behaupten sie, dass sie „schon jetzt mit fossilen Treibstoffen wettbewerbsfähig sind, und zwar in einer Reihe von Staaten ohne Subventionen“. Wirklich? Und welche erneuerbaren Technologien und Länder sollten das sein?

Das grüne Energiedebakel in Europa bietet lehrreiche Lektionen für Investoren überall. Etwas mehr als 12% des Stromes in Deutschland stammt aus „Erneuerbaren“: 7,8% aus Wind, 4,5 solar, 7% aus Biomasse und 4% aus Wasserkraft. Inzwischen zahlen deutsche Haushalte die zweithöchsten Energiepreise in Europa ... bis zu 30% mehr als andere Europäer. Nur die Dänen zahlen noch mehr, und in beiden Ländern bezahlt man etwa 300% mehr für heimischen Strom als wir Amerikaner.

Auf einer Energiekonferenz am 12. Juni in Berlin hat Kanzlerin Angela Merkel danach gerufen, die Subventionen für erneuerbare Energie zurückzufahren, um die rasant steigenden Kosten in den Griff zu bekommen. Sie warnte: „Wenn der Preis für Erneuerbare weiterhin so steigt wie während der letzten Jahre, werden wir hinsichtlich der Energieversorgung Probleme bekommen“*.

[*Rückübersetzung aus dem Englischen.]

Und doch, trotz dieser gewaltigen Investitionen hat die Windkraft in Deutschland Strom nur zu etwa einem Fünftel der installierten Nennwert-Kapazität [rated installed capacity] erzeugt. Und während in der Nordsee ein halbes Dutzend neuer Windparks gebaut wird, gibt es keine Nachfolge-Verträge infolge hoher Verbrauchsraten [high consumer utility rates]. Seit der Schließung einiger älterer Kernkraftwerke als Reaktion auf den Atomunfall in Japan muss Deutschland ironischerweise jetzt Kernkraftstrom aus Frankreich und der Tschechischen Republik importieren.

Und wenn die Romantik der zunehmenden Abhängigkeit von erneuerbarer Energie nicht schon genug angespannt ist durch schmerzhaft hohe Stromkosten, dann kommen noch drohende Stromausfälle hinzu. Der BDEW warnt, dass die Flutwelle erneuerbarer Energie den effizienten Betrieb der Stromnetze zunehmend gefährdet.

Eine Studie der dänischen Denkfabrik CEPOS kam 2009 zu dem Ergebnis: Während Wind 19% der Stromerzeugung in Dänemark ausmachte, deckte sie die Gesamt-Nachfrage [the total load demand] im Mittel nur zu 9,7% während eines Zeitraumes von fünf Jahren und lediglich 5% im Jahre 2006. Da Dänemark nicht den gesamten während der Nacht erzeugten Strom nutzen kann, exportiert das Land etwa die Hälfte des zusätzlichen Stromes nach Norwegen und Schweden, wo man Wasserkraftwerke an- und ausschalten kann, um die Netze im Gleichgewicht zu halten. Selbst mit diesen Exporterlösen sorgen die hohen Wind-Subventionen der Regierung dafür,

dass die Dänen den höchsten Strompreis in Europa zahlen müssen. Im Jahre 2011 haben die Windturbinen in UK etwa 21% der installierten Nennwert-Kapazität erzeugt (und wieder: nicht die Nachfrage-Kapazität). Und dass bei „guten“ Windbedingungen. Wie in Deutschland mussten auch die Briten wegen der Unzuverlässigkeit zur Befriedigung der Stromnachfrage notwendigerweise Kernkraft aus Frankreich importieren. Ebenfalls wie in Deutschland schließt die Regierung einige ihrer älteren Kohlekraftwerke – von denen jedes einzelne etwa doppelt so viel Energie erzeugen kann wie alle 3000 britischen Windturbinen zusammen. In Australien hat der nachhallende Wahlsieg der Liberalen Partei rechts der Mitte über die von der Grünen Partei gestützte Labor Party, die zuvor sechs Jahre im Amt gewesen war, ein rüdes Erwachen der Öffentlichkeit reflektiert. Weithin ist die Ansicht verbreitet, dass es sich um einen Sieg nach Art einer Volksabstimmung handelt, um die Myriaden von Programmen gegen Kohlenstoff, globale Erwärmung o. ä. abzuwickeln, die unter der vorherigen Regierung eingeführt worden waren.

Eine unbequeme Wahrheit über Ethik:

Die im Raum stehende Frage lautet also jetzt, wie lange es dauert, bis eine Mehrheit in der Bevölkerung in Amerika und dem Rest der Welt erkennt, wie es in Australien derzeit der Fall ist, dass sie mit unbezahlbaren und unzuverlässigen Vorhaben „grüner Energie“ zum Zwecke des Klimaschutzes übertölpelt worden sind. Als Beispiel sollte man sich daran erinnern, wie der damalige Vizepräsident und Präsidentschaftskandidat Al Gore es 1994 geschafft hat, mit seiner Stimme ein Patt bei der Abstimmung zugunsten von Äthanol-Vorschriften zu brechen.

In einer Rede auf der Konferenz des Geschäftsbereiches grüne Energie hat Gore eingeräumt: *„Es ist keine gute Politik, diese massiven Subventionen für Äthanol der ersten Generation zu haben“*. Reuters zitiert ihn im Rückblick: *„Ich denke, Äthanol der ersten Generation war ein Fehler. Die Verhältnisse der Energie-Übergänge sind im besten Falle sehr klein“*. Dann erklärte Gore: *„Einer der Gründe, warum ich diesen Fehler machte, liegt darin, dass ich den Farmern in meinem Heimatstaat Tennessee besondere Aufmerksamkeit widmete, und ich hatte eine gewisse Vorliebe für die Farmer in Iowa (dem ersten US-Bundesstaat mit Vorwahlen), weil es mir darum ging, Präsident zu werden“*.

Dann ist da noch die Angelegenheit mit den geschätzten insgesamt 70 Millionen Dollar, die er für seinen Anteil von 20% des Verkaufs des Current TV-Netzwerkes an das Al-Jazeera-Netzwerk in Katar erhalten hatte. Wenn Gore wirklich so grün oder so ist, hat es viele Menschen überrascht, dass er sich auf den von Big Oil durchtränkten Handel eingelassen hat, der irgendwie scheinheilig für jemanden ist, der sich jahrelang gegen die globale Erwärmung durch fossile Treibstoffe engagiert hat. Ja, das ist der gleiche Albert Arnold Gore Jr., der zu der geplanten Keystone XL-Pipeline gesagt hat: *„So etwas wie ethisches Öl gibt es nicht! Es gibt nur schmutziges und noch schmutzigeres Öl!“* Der Moderator der TV-Show Daily Show Jon Stewart fragte einmal: *„Kann der Mogul Al Gore mit dem Aktivisten Al Gore koexistieren?“* Und vielleicht sollte man ihm auch eine andere Frage stellen, die er als

Schlussfolgerung seines Films 2006 *Eine unbequeme Wahrheit* beleuchtet
hatte:

„Mr. Gore, wann ändern *Sie* Ihren Lebensstil?“

Link:

<http://www.forbes.com/sites/larrybell/2013/11/03/blood-and-gore-making-a-killing-on-anti-carbon-investment-hype/>

Übersetzt von Chris Frey EIKE